Eine **wütende US-Bürgerin** schmettert dem demokratischen Abgeordneten John D. Dingell (r.) ihre Argumente entgegen. KIMBERLY P. MITCHELL/KEYSTONE

AMERIKANISCHES KRANKENVERSICHERUNGSWESEN

Volkszorn über Milliarden-Reform

Gejohle, Drohungen, Hetze – obwohl sich das amerikanische Parlament in die Sommerferien verabschiedet hat, kann von Erholung keine Rede sein: Im ganzen Land sehen sich die Abgeordneten mit zornigen Bürgern konfrontiert, die sich gegen die geplante Gesundheitsreform wehren. Augenschein an einer Informationsveranstaltung.

Die Kritiker sind gut vorbereitet. Sie tragen dicke Dossiers mit sich, die gefüllt sind mit Notizblättern, Gesetzesartikeln und Zeitungsbeiträgen. Ein distinguierter weisser Mann, wohl gegen 60 Jahre alt, hat sich gar die Mühe gemacht, einen Entwurf der geplanten Gesundheitsreform auszudrucken und den Papierstapel mit einer roten Schleife zusammenzubinden. Nun erhebt er sich in diesem abgenutzten Versammlungsraum einer Bibliothek im Washingtoner Vorort Oxon Hill (Bundesstaat Maryland) und sagt: «Ich habe die ganzen 1000 Seiten gelesen. Haben Sie das auch getan?» Die Frage richtet er an die zierliche Afroamerikanerin, die vor den rund hundert Anwesenden steht. In den ersten Reihen wird Gemurmel laut.

•

Parlamentarierin Donna Edwards, eine Demokratin mit dezidiert linken Ansichten, lässt sich aber nicht aus der Ruhe bringen. Auch sie hat eine Kopie des Gesetzestextes vor sich, gespickt mit Anmerkungen und gelben Merkzetteln. «Ja, und zwar gleich zweimal», antwortet sie dem Mann. Und mit einem beruhigenden Unterton in der Stimme fährt sie fort: Sie verstehe, dass sich in der amerikanischen Bevölkerung Unsicherheit über das Ausmass der Gesundheitsreform breitmache, «denn die Angelegenheit ist tatsächlich äusserst komplex». Sie wolle diese Informationsveranstaltung aber dazu nutzen, um auf die Notwendigkeit einer umfassenden Umgestaltung des Krankenversicherungswesens aufmerksam zu machen. Dabei sei sie auch gerne bereit, Fragen zu beantworten. An eine Regel müssten sich die Anwesenden aber halten: «Wir behandeln uns mit Respekt.»

•

Das mag selbstverständlich klingen. Aber in den vergangenen Tagen geriet diese fundamentale Spielregel des politischen Dialogs in den USA etwas in Vergessenheit. Aus dem ganzen Land wird über «Town Hall Meetings» von demokratischen Parlamentariern berichtet, die ausser Rand und Band gerieten. So gab es in Missouri Verletzte bei Schlägereien zwischen Gewerkschaftsvertretern und staatskritischen Reformgegnern. In Pennsylvania beschied ein Mann dem 79-jährigen Senator Arlen Specter, er werde bald «vor Gott stehen, und der wird Sie richten». In Georgia wurde das Büro eines afroamerikanischen Abgeordneten mit Hakenkreuzen verschmiert. Der Parlamentarier Brad Miller aus North Carolina erhielt Todesdrohungen. Und der bekannte rechtskonservative Radiomoderator Rush Limbaugh verglich Präsident Barack Obama wechselweise mit Hitler und Mussolini.

•

Die Demokraten, die in der Hauptstadt Washington den Ton angeben, benötigten einige Tage, um auf diese Welle des Volkszorns zu reagieren. Nun versuchen Sie, wieder Tritt zu fassen. Von seinem Podium im Weissen Haus aus bezeichnete der Sprecher des Präsidenten die landesweiten Proteste als «unecht» und von der republikanischen Opposition und den Versicherungsunternehmen geschürt. Robert Gibbs witzelte: Dabei handle es sich nicht um eine Graswurzelbewegung, sondern um Astroturf – das Produkt eines bekannten Kunstrasen-Herstellers. David Axelrod, der einflussreiche Berater von Präsident Obama, sagte während eines Treffens mit demokratischen Parlamentariern im Weissen Haus: «Wenn ihr angegriffen werdet, dann werden wir doppelt so hart zurückschlagen.» Der Präsident lasse sich nicht beirren.

•

Eine aufgeheizte Stimmung herrscht auch an der Informationsveranstaltung von Donna Edwards. Ein Vertreter der lokalen Republikaner stellt die einfache Frage: «Wie können wir uns diese Gesundheitsreform leisten?» Die Antwort von Edwards, detailliert und langfädig, wird von einem Teil der Anwesenden mit Zwischenrufen kommentiert. «Lassen Sie mich ausreden», antwortet die Parlamentarierin. «Bitte!» Ein Arzt im Publikum bezeichnet die geplante staatliche Einmischung in das private Versicherungssystem als «sozialistisch» und «unamerikanisch». Dann spricht er düster von einer drohenden Rationierung von teuren Medikamenten. Der Arzt sagt, angeblich aus eigener Anschauung: «Unser System ist nicht kaputt, es braucht nur einige Verbesserungen.»

•

Im Publikum sitzen aber nicht nur konservative Kritiker der geplanten Reform. Anwesend sind auch einige afroamerikanische Aktivistinnen, die eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens fordern – sie werfen Edwards vor, die demokratische Parlamentsmehrheit nehme in den seit Monaten andauernden Verhandlungen über einen Gesetzesentwurf allzu stark Rücksicht auf zentristische Parlamentarier. «Wir haben im vorigen Herbst Barack Obama zum Präsidenten gewählt, weil er uns eine Wende versprach», sagt eine Aktivistin. Nun gäben die Krankenversicherer den Ton an, die auf dem Buckel der amerikanischen Bürger Milliardenprofite machten.

•

Beide Seiten betonen, sie seien nicht von einer der zahlreichen Gruppierungen aufgeboten worden, die für teures Geld für oder gegen die Reform kämpfen. Sie hätten sich zu einem Besuch der Informationsveranstaltung entschieden, weil sie Angst um ihr Heimatland hätten, sagt eine Frau. Andererseits haben sich sowohl rechte als auch linke Kritiker mit Material eingedeckt. Die demokratischen Aktivisten zeigen Plakate, die von einer Untergruppe der Demokratischen Partei hergestellt wurden. Und konservative Skeptiker verteilen Flugblätter, in denen die verschiedenen kursierenden Gesetzesentwürfe Punkt für Punkt kommentiert werden. «Lesen Sie Seiten 425 bis 430», heisst es da beispielsweise. Dort stehe, dass Senioren künftig Vorbereitungen treffen müssten, damit die Regierung sie euthanasieren könne, wenn die Verlängerung des Lebens zu viel Geld koste. «Das ist doch pure Angstmacherei», entfährt es der demokratischen Abgeordenten Edwards. Überzeugen kann sie damit aber keinen der gut vorbereiteten Kritiker.

Renzo Ruf, Oxon Hill

STREIT

Parteifreunde sind sich uneinig

Fünf Parlamentsausschüsse beschäftigen sich derzeit mit der US-Gesundheitsreform – sie sind heillos zerstritten.

Der Umbau des amerikanischen Krankenversicherungssystems gehört zu den wichtigsten Reformvorhaben von Barack Obama. Der US-Präsident begründet dies mit der Kostenexplosion im Gesundheitswesen: Eine wirtschaftliche Erholung auf einer tragfähigen Basis sei nur möglich, sagt Obama, wenn die USA die jährlichen Prämienerhöhungen unter Kontrolle bringe. Denn die jetzige Entwicklung bedrohe das Rückgrat der amerikanischen Wirtschaft, die mittelständischen Unternehmen, die bisher für die Krankenversicherung ihrer Angestellten aufkommen. Ausserdem will der Präsident eine störende Ungerechtigkeit im System beseitigen: Weil es in den USA kein Obligatorium gibt, besitzen bis zu 50 Millionen Amerikaner keine Kranken- und Unfallversicherung; ein Grossteil von ihnen kann sich die Monatsprämie schlicht und einfach nicht leisten.

Aus fünf mach eins

Der Präsident hat das Schicksal der Reform allerdings in die Hände seiner demokratischen Parteikollegen im nationalen Parlament gelegt. Sie haben die Federführung bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs übernommen und sich über die Zutaten einer Reform heillos zerstritten. Fünf unterschiedliche Entwürfe zirkulieren derzeit in den zuständigen Parlamentsausschüssen: drei im Repräsentantenhaus und zwei im Senat. Diese Gesetzestexte, jeweils über 1000 Seiten lang, müssen in einen Entwurf gegossen werden, bevor der Senat und das Repräsentantenhaus in diesem Herbst abstimmen können.

Bereits jetzt deutet sich an, dass zwei Bereiche für Streit sorgen. Da ist zum einen der Wunsch von linksorientierten Demokraten (und des Präsidenten), dass der Staat künftig im Krankenversicherungsmarkt mitmischen soll – indem er eine Versicherung anbietet, die sich auch weniger begüterte Amerikaner leisten können. Dies stösst vor allem bei zentristischen Parlamentariern im Senat und im Repräsentantenhaus auf Opposition: Sie haben Angst, dass dadurch private Versicherungsfirmen aus dem Markt verdrängt werden.

Zum andern gibt es Streit über die Finanzierung der Reform, die mehr als 1000 Milliarden Dollar kosten wird. Das Weisse Haus will die Steuern für Gutverdienende erhöhen. Dies wird von Demokraten im Repräsentantenhaus unterstützt, stösst aber im Senat auf harten Widerstand.

Während der einmonatigen Parlamentsferien hofft der Präsident auf eine Lösung dieser Streitpunkte. Der Volkszorn, mit dem sich die Abgeordneten in ihren Wahlbezirken konfrontiert sehen, droht ihm nun aber einen Strich durch die Rechnung zu machen. Deshalb hat sich Obama entschlossen, noch stärker als bisher für die Reform zu werben. (rr)